

"Es ist schwierig vorauszusehen, wie sich Krisen entwickeln"

Autor(en): **Ineichen-Fleisch, Marie-Gabrielle / Fritschi, Michael**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **110 (2013)**

Heft 2

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-839685>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Es ist schwierig vorauszusehen, wie sich Krisen entwickeln»

Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch ist eine der wenigen Frauen, die in der Schweiz einen Ministerposten besetzen. Als sie vor zwei Jahren Seco-Direktorin wurde, war keineswegs klar, ob die Schweiz die herrschenden Wirtschafts- und Währungsturbulenzen ohne grössere Verluste überstehen würde.

Frau Ineichen-Fleisch, wie geht es der Schweizer Wirtschaft?

Besser als es im Umfeld der Euro-Schuldenkrise zu befürchten war. Die Schweizer Wirtschaft befindet sich zwar seit einigen Quartalen in einer schwächeren Konjunkturphase mit leicht steigender Arbeitslosigkeit. Wir sind aber weit entfernt von einer Wirtschaftskrise, und die jüngsten Prognosen zeigen eine Stimmungsaufhellung in Branchen, die in der Vergangenheit besonders unter dem starken Franken gelitten haben.

Weshalb wird die Schweiz von den Krisen rund um uns herum nicht mehr in Mitleidenschaft gezogen?

Natürlich spüren wir die Abkühlung der Weltwirtschaft und insbesondere im EU-Raum. Aber wir haben unsere Hausaufgaben gemacht: Wir haben Anfang der 2000er-Jahre eine Schuldenbremse eingeführt, wir haben einen flexiblen Arbeitsmarkt, ein gutes Berufsbildungssystem und gute Infrastrukturen. Diese Rahmenbedingungen geben uns Stabilität.

Als Sie an die Spitze des Staatssekretariats für Wirtschaft gewählt wurden, standen diverse Länder kurz davor, zahlungsunfähig zu werden. Der europäische Wirtschaftsraum stand unter Schock. Was war Ihr Grundgefühl, als Sie die Stelle angetreten haben?

Man wusste nie, wie sich die Situation am Devisenmarkt am nächsten Tag präsentieren würde. Unter solchen Bedingungen ist es für die Unternehmen schwierig, verlässliche Berechnungen und Investitionspläne zu machen. Das war wirklich eine sehr unangenehme Zeit. Der Bund stand unter grossem Druck, Stützungsmaßnahmen zu ergreifen. Nur: Es gab in Bern kaum gute Massnahmen, um das Währungsproblem anzugehen. Erst die

Stabilisierung des Frankens durch den von der Nationalbank definierten Mindestkurs brachte eine Beruhigung in das System. Das war eine sehr mutige und gute Entscheidung.

Davor waren Sie Chef-Unterhändlerin der Schweiz bei der Welthandelsorganisation WTO. Welche Erfahrungen aus jener Zeit sind Ihnen besonders nützlich beim Steuern der Schweizer Wirtschaft?

Bei den Verhandlungen mit der WTO steht im Vordergrund, einen besseren Zugang für die Wirtschaft im Ausland zu erwirken. Dazu muss man deren Bedürfnisse kennen und wissen, welche Rahmenbedingungen dem Standort Schweiz helfen, internationale Märkte zu erschliessen. Heute helfen mir diese Erfahrungen bei-

spielsweise, bei Verhandlungen Prioritäten zu setzen. Man kann bei Verhandlungen ja selten alles auf einmal herausholen.

Europa und Amerika sind wirtschaftlich angeschlagen. Die Verschuldung bewegt sich in Dimensionen, die kaum noch nachvollziehbar sind. Und auch die Schweiz hat ihre traditionelle Zurückhaltung gegenüber einer hohen Staatsverschuldung aufgegeben. Kann das langfristig gut gehen?

Die durchschnittliche Staatsverschuldung der grossen Industrienationen liegt bei 110 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Das ist sehr hoch. Eine Umkehr aus diesem Trend ist schwierig, aber nicht aussichtslos. Dass eine Trendwende bei der öffentlichen Verschuldung möglich ist, zeigt gerade das Beispiel der Schweiz über die letzten zehn Jahre.

Bitte erklären Sie das.

Nach dem EWR-Nein 1992 fehlte es in der Schweiz an Wachstumsimpulsen. Mit den öffentlichen Finanzen konnte damals kaum stimulierend gewirkt werden. Wie in vielen EU-Ländern brauchte es einen zähflüssigen Umbau in den Unternehmen. Heute sind wir in vielen Sparten die Nummer eins oder zwei. Dazu haben Eigenanstrengungen, beispielsweise in der Maschinenindustrie, und vom Staat ver-



«Wir werden vom Ausland um unser Modell benieden.»



Bilder: Béatrice Devènes

anlasste Reformen in den Binnensektoren wesentlich beigetragen. Dank der Schuldenbremse lässt sich die Finanzpolitik zudem heute besser einsetzen. Wir werden vom Ausland um unser Modell benieden. Die Schuldenbremse funktioniert allerdings nur, wenn man sich strikt daran hält. Wenn das Parlament einen Budgetposten aufstockt, muss zwangsläufig an einem anderen Ort gespart werden.

Die Milliardenbeträge zur Rettung der Banken und zur Stützung des Wechselkurses gehören demnach nicht zum Staatshaushalt?

Der Beitrag zur Rettung einer Grossbank wurde glücklicherweise nicht zum Verlustgeschäft und hat die Überweisungen der Schweizerischen Nationalbank an Bund und Kantone nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Die Geldmengenerwei-

terung läuft parallel zum Staatshaushalt über das Budget der Nationalbank. Sobald das Wachstum es zulässt, muss die Geldmenge aber wieder reduziert werden.

Lässt sich das viele frisch aufgelegte Geld denn je wieder aus dem Umlauf nehmen?

Im Prinzip ja. Das Schwierige daran ist, den richtigen Zeitpunkt zu treffen. Bremsen die Zentralbanken zu früh, könnte dies die fragile Weltkonjunktur abwürgen. Kommt die Reaktion hingegen zu spät, landen wir in der Inflation. Man muss folglich die Inflationsrisiken gut beobachten. Die Sicherung der Preisstabilität in der Schweiz und damit auch der Entscheid über die Rückführung der grosszügigen Liquiditätsversorgung liegt in der alleinigen Kompetenz der Schweizerischen Nationalbank.

Angenommen, in der Schweiz gäbe es eine grössere Wirtschaftskrise. Mit Geldentwertung, Massenarbeitslosigkeit oder Ähnlichem. Wären wir gewappnet?

Die schweizerische Wirtschaftspolitik hat in den letzten schwierigen Jahren ihre Krisentauglichkeit mehrfach unter Beweis gestellt. Ich denke an das UBS-Rettungspaket, die Euro-Untergrenze der Nationalbank sowie an das dreistufige Stabilisierungsprogramm des Bundes zur Bekämpfung der Finanzkrise 2008/09. Wichtig ist eine saubere Lageanalyse, damit man gezielte Massnahmen ergreifen kann und nicht bloss in kontraproduktiven Aktivismus verfällt. Aber man muss schon sehen: Es ist schwierig vor auszusehen, wie sich Krisen entwickeln.

Zurzeit brummt der Wirtschaftsmotor, zum Glück. Die Schweiz rekrutiert dank der Personenfreizügigkeit viele →

→ **hochqualifizierte Arbeitskräfte im Ausland, aber es kommen auch weniger gut Qualifizierte zu uns ...**

Die braucht es auch, zum Beispiel im Baugewerbe, in der Landwirtschaft, in der Gastronomie usw.

Aber es kommen mehr, als die Wirtschaft benötigt. Man hört verschie-

dentlich von Fällen, die dann die Arbeitslosenversicherung (ALV) belasten.

Unsere Erfahrungen zeigen, dass es sich eher um Einzelfälle handelt. Wir gehen davon aus, dass Arbeitskräfte, die in die Schweiz kommen, eine Arbeit haben. Nur Personen, die vor der Arbeitslosigkeit in der Schweiz gearbeitet und während mindestens 12 Monaten ALV-Beiträge

bezahlt haben, haben Anrecht auf Arbeitslosenentschädigung. Arbeitskräfte, die ihre Arbeit in der Schweiz kurz nach deren Aufnahme verloren haben, können die Beitragszahlungen aus den EU/EFTA-Staaten anrechnen lassen. Von der Anrechnung ausländischer Versicherungszeiten wird allerdings sehr wenig Gebrauch gemacht. Wir achten sehr genau darauf, dass diese Regelung korrekt angewendet und nicht missbraucht wird.

Auch die Sozialhilfe ist von der Zuwanderung betroffen. Wenn jemand ausgesteuert ist, erscheint er nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik, dafür später möglicherweise in der Sozialhilfestatistik. Was weiss man über die Zahl der EU/EFTA-Bürger, die in der Schweiz Sozialhilfe beziehen?

Die Sozialhilfestatistik 2011 nennt 31'740 Personen aus dem EU/EFTA-Raum, die Sozialhilfe beziehen. Das entspricht einer Quote von 2,9 Prozent. Die Quote für alle ausländischen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger beträgt 6 Prozent, jene der Schweizer 2,1 Prozent. Dass die EU/EFTA-Quote näher bei der Schweizerquote liegt, hat damit zu tun, dass diese Personengruppe eher gut qualifiziert ist und ein kleineres Risiko hat, arbeitslos zu werden.

Dass Zugewanderte in der Schweiz Sozialleistungen beziehen, birgt politischen Zündstoff. Wenn eine Grenzgängerin hier ihre Arbeit verliert, erhält sie die ihr zustehende Arbeitslosenunterstützung aber von ihrem Herkunftsland und nicht von der Schweizer ALV. Die ALV profitiert von dieser Gruppe ausländischer Arbeitskräfte. Müsste man dies nicht auch klar kommunizieren?

«Die Grenzgängerregelung ist für die Schweiz tatsächlich vorteilhaft.»



Die Schweiz hat am 1. April 2012 eine neue EU-Verordnung übernommen. Diese sieht vor, dass die Grenzgänger vom Wohnsitzstaat Arbeitslosenentschädigung erhalten, obwohl das Beschäftigungsland, also die Schweiz, die Beiträge einnimmt. Als Ausgleich dafür muss die Schweiz dem Wohnsitzstaat je nach Dauer des Arbeitsverhältnisses drei bis fünf Monate Arbeitslosenentschädigung erstatten. Der Herkunftsstaat des Grenzgängers muss bei uns dafür einen Antrag stellen. Bisher sind aber nur wenige Begehren für solche Ausgleichs bei uns eingetroffen. Diese Grenzgängerregelung ist für die Schweiz tatsächlich vorteilhaft.

Zeitgleich mit Ihrem Amtsantritt vor zwei Jahren ist das revidierte Arbeitslosenversicherungsgesetz in Kraft getreten. Hat die Revision ihren Zweck erfüllt?

Ja, aus unserer Sicht hat sich die Revision bewährt. Die Verschuldung der ALV konnte innert zwei Jahren von 7,8 auf 5 Milliarden Franken verringert werden.

Gibt es aus Ihrer Sicht einen Drehtüreffekt zwischen den Sozialwerken?

Um mehr über die Übergänge zwischen der Sozialhilfe und der Arbeitslosenversicherung zu erfahren, hat das Seco in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik und dem Bundesamt für Sozialversicherungen ein Monitoring aufgebaut, das jährlich aktualisiert und auf der Website des BSV aufgeschaltet wird. Den Drehtüreffekt zwischen der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe gibt es, er betrifft im Verhältnis zur Gesamtzahl jedoch weniger als ein Prozent.

Daraus könnte man schliessen, dass die meisten, die über die ALV zur Sozialhilfe kommen, bei der Sozialhilfe bleiben.

Nein, denn etwas mehr als die Hälfte dieser Personen kann innerhalb von drei Jahren den Bezug von Sozialhilfe beenden, weil sie eine Stelle oder eine andere Lösung gefunden haben.

Wie hoch ist eigentlich die Quote aller Arbeitslosen in der Schweiz, also nicht nur jener Personen, die aktuell gerade von der ALV Geld erhalten?



MARIE-GABRIELLE INEICHEN-FLEISCH

Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch (51) leitet seit April 2011 das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco. Sie schloss 1987 in Bern ihr Rechtsstudium als Fürsprecherin ab, besuchte die Wirtschaftskaderschule INSEAD in Fontainebleau bei Paris und arbeitete bei der Weltbank in Washington. Bevor sie zur Direktorin des Seco ernannt wurde, war sie Botschafterin und Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge und Chefunterhändlerin der Schweiz bei der Welthandelsorganisation (WTO).

Dazu kann die Erwerbslosenquote des Bundesamts für Statistik herangezogen werden. Sie orientiert sich an der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Ende 2012 betrug die Quote in der Schweiz 4,4 Prozent.

Wie stellen Sie sich zur Erhöhung des Rentenalters? Wie hoch müsste es sein?

Mir scheint das eher eine ideologische Debatte zu sein. Für mich ist viel wichtiger, dass die Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer flexibler gestaltet werden. Ein Referenzalter ist sicher sinnvoll, so wie es der Bundesrat in den Leitlinien zur «Altersvorsorge 2020» vorgeschlagen hat: 65 Jahre, für Männer und für Frauen.

Gleichzeitig werden viele ältere, durchaus arbeitsfähige Personen frühzeitig ausgemustert.

Das ist ein Problem. Man müsste auch hier mit Massnahmen Gegensteuer geben.

Beispielsweise im Rahmen der Fachkräfteinitiative oder mit Sensibilisierungskampagnen, die den Arbeitgebern den Wert dieser erfahrenen Personen für ihre Unternehmen aufzeigen.

Sie sind eine der seltenen Frauen, die in der Schweiz einen Ministerposten erreichen. Wie stellen Sie sich persönlich zur Quotenfrage?

Ich kann mit Quoten nicht viel anfangen. Viel wichtiger ist es, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Frauen – und Männern – mit Kindern ermöglichen, im Arbeitsmarkt zu verbleiben: Mit Krippen, Tageschulen usw. Dort muss etwas geschehen. Wer hingegen einmal zehn Jahre ausgesetzt hat, ist tatsächlich benachteiligt. Zudem sind auch Vorbilder wichtig: Man weiss, dass je mehr Frauen in Gremien einsitzen, desto mehr Frauen ihnen nachfolgen.

Die Zahl der so genannten NEETS, junge Erwachsene «not in employment, education or training», steigt kontinuierlich an. Wie beurteilen Sie dieses Phänomen?

In den umliegenden EU-Ländern ist das ein Riesenproblem. Die Jungen haben keine Perspektiven, und die Entwicklung schadet der Wirtschaft und der Gesellschaft. Dank dem dualen Bildungssystem sind wir in der Schweiz viel besser aufgestellt. Über dieses steuert sich die Nachfrage der Ausbildungen. Die Unternehmen können damit die Arbeitskräfte, die sie benötigen, selber rekrutieren und ausbilden. Auch andere Länder, die ein duales Bildungssystem kennen, haben deutlich tiefere Anteile an NEETS.

Eine Tendenz zur Akademisierung ist dennoch auch in der Schweiz bei vielen Berufen zu beobachten.

Das ist schade. Das durchlässige Berufsbildungssystem mit den Fachhochschulen ist eine unserer Stärken. In der Schweiz ist es zudem nicht so, dass jemand ohne Dokortitel weniger gilt. Wichtig ist, dass man gut ausgebildet ins Erwerbsleben startet. Das wirkt das ganze Leben lang positiv nach. ■

Das Gespräch führte
Michael Fritschi